

Beiträge der Mandatsträger*innen an den Bundesverband



Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
26. - 27. Januar 2018, Hannover

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 27.01.2018
Tagesordnungspunkt: H Haushalt

- 1 Die Bundespartei macht von ihrem durch das Parteiengesetz formulierten und in der
2 Bundessatzung hinterlegten Recht Gebrauch, Mandatsträger*innen-Beiträge von ihren
3 Mandatsträger*innen und Inhaber*innen von Regierungsämtern auf Bundes- und Europaebene
4 zu erheben.
- 5 1. Mandatsträger*innen-Beiträge werden von den Abgeordneten des Deutschen
6 Bundestages und des Europaparlaments, von Mitgliedern der Regierung der Bundesrepublik
7 Deutschland und EU-Kommissar*innen, von Parlamentarischen Staatssekretär*innen und
8 Staatssekretär*innen sowie Präsident*innen und Vizepräsident*innen des
9 Deutschen Bundestages bzw. des EU-Parlamentes erhoben.
- 10 2. Bemessungsgrundlage für die Ermittlung der Mandatsträger*innen-Beiträge sind die
11 jeweiligen Diäten, die Abgeordnetenentschädigungen bzw. Besoldungsbeträge.
- 12 3. Die Höhe des Mandatsträger*innen-Beitrages beträgt grundsätzlich 19% der
13 Bemessungsgrundlage.
- 14 4. Je kindergeld-berechtigendem Kind können 250,00 € pro Monate in Abzug gebracht
15 werden.
- 16 5. Unterhaltsverpflichtungen bzw. tatsächliche Unterhaltsleistungen können ebenfalls
17 abgezogen werden. Darüber entscheidet bei Bundestags-abgeordneten der/die
18 Bundesschatzmeister*in mit einem Mitglied des geschäftsführenden
19 Fraktionsvorstandes, bei Europaabgeordneten der/die Bundesschatzmeister*in mit einer/m Vertreter*in
20 der Europagruppe DIE GRÜNEN. Für andere Beitragsverpflichtete gilt diese
21 Zuständigkeitsregelung entsprechend.
- 22 6. Ist eine beitragspflichtige Person gleichzeitig Mitglied des Bundesvorstandes von
23 BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, bezieht sie nach der Finanzordnung des
24 Bundesvorstandes keine Vergütung von der Partei. Als Ausgleich für die Doppelbelastung werden in diesen
25 Fällen keine Mandatsträger*innen-Beiträge erhoben.
- 26 7. Die endgültige Höhe der abzuführenden Beiträge ergibt sich nach Berücksichtigung
27 der Regelungen der Absätze 3) bis 6).
- 28 8. Die Erhebung der Beträge nach Absatz 7) erfolgt grundsätzlich durch die
Bundespartei.
Davon ausgenommen sind die Beiträge der Mitglieder des Deutschen Bundestages
(MdB).

- 29 Diese werden von den jeweiligen Landes-verbänden von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
erhoben.
- 30 9. Von den Beiträgen der MdB nach Absatz 7), die an die Landesverbände abgeführt
werden,
31 erhält die Bundespartei 73 % pro MdB und Monat. Dies gilt nur für MdBs ohne
32 Regierungsamt.